

**Protokoll der 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, 23.06.2017, 20:07 Uhr
im Sitzungssaal des historischen Rathauses, Rathausgasse 6, 63654 Büdingen,**

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Appel, Thomas	ab 20:12 Uhr
Gohlke, Kerstin	
Harris, Benjamin Carlos	
Luft, Bernd	ab 20:10 Uhr
Merz, Carina	
Merz, Klaus	
Michel, Simone	

SPD-Fraktion

Huxhorn-Engler, Sieglinde
Kaiser, Matthias Stefan
Kleta, Rolf
Schlösser, Heidi
Schlösser, Stefanie

FWG-Fraktion

Dönges, Sabine
Kraft-Marhenke, Sabine
Mäser, Mathias
Niederwieser, Marcus
Schaffrath, Christian
Wiedenhöfer, Peter
Wolf, Peggy

FDP-Fraktion

Patzak, Wolfgang
Rahn-Farr, Andrea

Pro Vernunft-Fraktion

Faust, Wolfgang
Hornung, Reiner

Bündnis 90/Die Grünen

Cott, Joachim
Cott, Susanne

NPD-Fraktion

Glanz, Dieter
Ihmig, Willbrand
Kleyboldt, Dietolf
Lachmann, Daniel

Stadtverordnetenvorsteher

Marhenke, Reiner

vom Magistrat

Dießl, Reinhold
Klein, Sylvia

Schierhorn, Wilhelm
 Sebulke, Jörg
 Spamer, Erich Bürgermeister ab 21:24 Uhr
 Strauch, Henrike Erste Stadträtin
 Strehm, Tim

Schriftführer

Bennemann, Gerhard Magistratsoberrat
 Marschall, Katharina

Entschuldigt fehlen:

CDU-Fraktion

Gerlach, Markus entschuldigt
 Jentsch, Dieter entschuldigt

SPD-Fraktion

Richter, Horst entschuldigt
 Scheid-Varisco, Manfred entschuldigt

FWG-Fraktion

Appel, Thomas W. entschuldigt
 Majunke, Ulrich entschuldigt

Pro Vernunft-Fraktion

Bähr, Gunnar

vom Magistrat

Diefenbach, Horst
 Mäser, Norbert
 Stürz, Edgar

Tagesordnung:

- 1 Anfragen aus der Bevölkerung
- 2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen
 - 3.1 Anfrage des Stvn. Merz, betr.: Auszahlung von Vereinsförderung
Vorlage: Anf/074/2017
 - 3.2 Anfrage des Stvn. Merz, betr.: Beleuchtung im Oberhof
Vorlage: Anf/075/2017
 - 3.3 Anfrage der Stvn. Kraft-Marhenke, betr.: Straßenbeiträge Berliner Straße
Vorlage: Anf/076/2017
 - 3.4 Anfrage des Stvn. Patzak, betr.: Baustellenmanagement
Vorlage: Anf/077/2017
 - 3.5 Anfrage des Stvn. Lachmann, betr.: weitere Regressansprüche gegen den Bürgermeister
Vorlage: Anf/078/2017

3.6 Anfrage des Stvn. Lachmann, betr.: Kürzung der Zuschüsse an den Geschichtsverein
Vorlage: Anf/079/2017

4 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Anfragen der Fraktionen

5 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Bau eines Radweges entlang der Kreisstraße 230 von Rohrbach zur B 521
Vorlage: IV/031/2017

6 Große Anfrage der Fraktion Pro Vernunft betr.: Übernahme Kindergarten Waldwichtel
Vorlage: IV/032/2017

7 Große Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Hochwasserschutz
Vorlage: IV/033/2017

8 Große Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Hotspots
Vorlage: IV/034/2017

Anträge der Fraktionen und Beiräte

9 Antrag der NPD-Fraktion, betr.: Prüfung der Voraussetzungen zur Übertragung der Sitzung der SVV als Livestream
Vorlage: III/097/2017

10 Antrag der CDU-Fraktion, betr.: Einstellung eines Sachbearbeiters für Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege
Vorlage: III/098/2017

11 Antrag der FDP-Fraktion auf Planung und Erstellung eines neuen Parkplatzes am Friedhof in der Kernstadt auf der Fläche Gemarkung Büdingen, Flur 16 Nr. 419/6
Vorlage: III/099/2017

12 Antrag der FWG-Fraktion, betr.: Kostenübernahme der Schülerbeförderung Lorbach
Vorlage: III/101/2017

13 Prüfantrag der SPD-Fraktion, betr.: Eintrittspreise für Menschen mit Handicap
Vorlage: III/102/2017

14 Antrag der Grünen-Fraktion, betr.: Ausbau des Ratsinformationssystems
Vorlage: III/103/2017

15 Antrag der Grünen-Fraktion, betr.: Storchennest auf dem Historischen Rathaus
Vorlage: III/104/2017

Ausschussberichte

- 16 Bericht des Ausschusses für Jugend, Kultur und Soziales; betr.: Antrag der FWG-Fraktion, betr.: Einrichtung einer "Familienwiese"
Vorlage: III/484/2016/1
- 17 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr.: Interkommunales Gewerbegebiet ZWIGL, Grundstücksverkauf
Vorlage: I/229/2017/1/1/1
- 18 Bericht des Bau- und Planungsausschusses; betr.: Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 (LEP)
Durchführung der Beteiligung
Vorlage: V/041/2017/1
- 19 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer "Bücher-Tausch-Börse"
Vorlage: III/480/2016/2

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 20 Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: I/269/2017/1
- 21 Jahresbericht der Kindertagesstätten
Vorlage: I/293/2017
- 22 Stadtumbau: Kostenbegründete Umplanung 2. Bauabschnitt
Vorlage: I/329/2017/2

Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

- 23.1 Verkauf des Grundstückes Gemarkung Büdingen, Flur 12 Nr. 144/41, Stabsgebäude
Vorlage: I/230/2017/1/1
- 23.2 Antrag auf Kauf des Weges Gemarkung Eckartshausen, Flur 1 Nr. 564/3, Göttenbergstraße
Vorlage: I/245/2017/1
- 23.3 Ankauf des Grundstückes Gemarkung Büdingen, Flur 20 Nr. 47/1
Vorlage: I/324/2017/1
- 24 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten
- 24.1 Aufhebung Wiederbesetzungssperre Bauamt
Vorlage: I/331/2017
- 25 Bekanntgaben an die SVV

Nachtrag:

- 26 Vorlage des Büros für Organarbeit, betr.: Mobiler Mandatsträger, hier: Umstellung Session auf KRZ Lemgo
Vorlage: I/155/2016/1

NIEDERSCHRIFT

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke eröffnet die Sitzung um 20:07 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei 28 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit hin.

Er begrüßt den als Nachfolger für Herrn Kröll neu in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückten Stadtverordneten Kleyboldt und weist ihn auf die Unabhängigkeit in der Mandatsführung und die Verschwiegenheitspflichten hin.

Er trägt die Vorschläge zur Abwicklung der Tagesordnung vor:

Es wird darüber abgestimmt, ob die Eilvorlage zur Beschaffung der erforderlichen Hardware zur Einführung von Mandatos auf die Tagesordnung genommen werden. Soll. Dafür stimmen 28 Stadtverordnete, dagegen 1 Stadtverordneter, damit ist die erforderliche 2/3-Mehrheit erreicht, die Vorlage wird als TOP 25 auf die Tagesordnung genommen.

Ohne Aussprache soll über die Punkte 14, 16, 18, 19,23.3, 24.1 und 25 entschieden werden.

TOP 9 wurde zurückgezogen, TOP 5 und 7 werden zurückgestellt, weil keine Antwort vorliegt, TOP 8 soll bis zum Eintreffen des Bürgermeisters zurückgestellt werden.

Direkt überwiesen werden die TOP 13 (JKS), 15, 17 (B+P), 20 (H+F)21 (JKS) und 23.2 (B+P).

TOP 23.1 soll in einem nicht-öffentlichen Sitzungsteil am Ende der Sitzung behandelt werden.

Die Verfahrensweise wird einstimmig mit 29 Ja-Stimmen genehmigt.

1 Anfragen aus der Bevölkerung

Es lagen keine Anfragen aus der Bevölkerung vor.

2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke teilt mit, dass vom 6. bis 11. September die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Verschwisterung mit Sebes dort begangen werden. Er bittet um Beteiligung aus dem höchsten Organ der Stadt, Anmeldungen sollten direkt zur Abteilung JKS gesandt werden.

Er erinnert weiterhin an den im April beschlossenen Motivationspreis für junge Menschen und bittet um Vorschläge für eventuelle Preisträger.

3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen

3.1 Anfrage des Stvn. Merz, betr.: Auszahlung von Vereinsförderung Vorlage: Anf/074/2017

Stadtverordneter Merz erinnert daran, dass im Rahmen der Sportförderung bereits vor geraumer Zeit zwei Vereinen die Zahlung zugesagt worden sei. Er fragt, wann die Gelder tatsächlich ausgezahlt werden.

Erste Stadträtin Strauch erklärt, dass man zunächst die Genehmigung des Haushaltes abgewartet habe. Nachdem diese vorliege sei die Auszahlung derzeit im Geschäftsgang.

3.2 Anfrage des Stvn. Merz, betr.: Beleuchtung im Oberhof Vorlage: Anf/075/2017

Stadtverordneter Merz fragt, wann die bereits vor eineinhalb Jahren beschlossene Beleuchtung im Oberhof eingerichtet wird.

Es wird eine schriftliche Antwort zugesagt.

3.3 Anfrage der Stvn. Kraft-Marhenke, betr.: Straßenbeiträge Berliner Straße Vorlage: Anf/076/2017

Stve. Kraft-Marhenke fragt nach den Gründen für die Festsetzung des Prozentsatzes der Anliegerbeteiligung bei den Straßenbeiträgen für den Ausbau der Berliner Straße.

Es wird eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

3.4 Anfrage des Stvn. Patzak, betr.: Baustellenmanagement Vorlage: Anf/077/2017

Fraktionsvorsitzender Patzak hält einen Flyer des Baustellenmanagements hoch. Er stellt fest, dass dies der Flyer 2 sei. Einen Flyer 1 kenne er nicht und die Bürger wüssten ebenfalls nicht woher man Informationen bekomme. Er fragt, ob dies in der Presse besser kommuniziert werden könne.

Erste Stadträtin Strauch weist darauf hin, dass regelmäßig im Haupt und Finanzausschuss über das Baustellenmanagement berichtet werde. Im Übrigen würden die Flyer nicht versandt, sondern würden in den Gewerbebetrieben und Geschäften ausgelegt und sie könnten beim Gewerbeverein bestellt werden.

3.5 Anfrage des Stvn. Lachmann, betr.: weitere Regressansprüche gegen den Bürgermeister Vorlage: Anf/078/2017

Fraktionsvorsitzender Lachmann erklärt, dass im Rahmen des Gerichtsverfahrens der NPD gegen die Stadt wegen der Nutzung der Willi-Zinnkann-Halle ein Kostenfestsetzungsbeschluss gegen die Stadt ergangen sei. Er frage, ob

deswegen Regresses beim Bürgermeister genommen werde.

Erste Stadträtin Strauch antwortet, dass dies nicht Angelegenheit des Magistrates sondern der Stadtverordnetenversammlung sei.

3.6 Anfrage des Stvn. Lachmann, betr.: Kürzung der Zuschüsse an den Geschichtsverein
Vorlage: Anf/079/2017

Fraktionsvorsitzender Lachmann teilt mit, er sei gestern erneut aus dem Geschichtsverein ausgeschlossen worden. Er frage, ob ein Verein, der sich so undemokratische verhalte, die Zuschüsse gekürzt bekomme.

Erste Stadträtin Strauch erklärt, dass es sich um eine Vereinssache handele, zu der hier nichts gesagt werde.

4 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Erste Stadträtin Strauch berichtet den Kassenstand wie folgt:

Kontostände	Auszug vom	Stand		Endstand
Sparkasse	21.06.2017			-7.190.189,71
<i>Vorjahr 15.06.2016</i>				<i>1.813.875,20</i>
VR Bank	21.06.2017			1.786.706,13
<i>Vorjahr 15.06.2016</i>				<i>340.032,34</i>
Postbank	21.06.2017			69.734,67
<i>Vorjahr 15.06.2016</i>				<i>52.050,61</i>
Gesamtsumme				-5.333.748,91
<i>Vorjahr 15.06.2016</i>				<i>2.205.958,15</i>
Ausgaben/ Rechnungen	nächste Fälligkeit			
fertig zum überweisen				126.569,51
erfasste Rechnungen im Umlauf				816.844,66
Eingangs-Rechnungen				ca. 150.000,00
Kreis/Schulumlage				ca. 0,00
Gehälter				ca. 0,00
Gesamtsumme				1.093.414,17
Einnahmen				
Schlüsselzuweisung				ca. 0,00
Abbuchungslauf Steuern u. a.				ca. 0,00
Gem.ant. Steuern				ca. 0,00
Kassenkredit	26.06.2017			8.000.000,00
Gesamtsumme				8.000.000,00
Bankbestand				-5.333.748,91
Verbindlichkeiten				-1.093.414,17

Forderungen			8.000.000,00
Kassenkredithöhe			2.000.000,00
(2 Mio. Sparkasse Oberhessen)			
Endstand 22.06.2017			1.572.836,92
Endstand inkl. Kassenkredite 22.06.2017			-8.427.163,08
<i>sonstige Forderungen Vorjahr</i>			
<i>sonstige Verbindlichkeiten Vorjahr</i>			-298.032,90
Endstand inkl. Kassenkredit (13 Mio.) 16.06.2016			-11.092.074,75
Vergleich Endstand 2017/2016			2.664.911,67

Schlüsselzuweisung und Kreis-/Schulumlage entsprechen der vorl. Haushaltsplanung

Kassenkreditvolumen zum 13.06.17 von 12. Mio. auf 10 Mio. Euro reduziert.

Kassenkredit 2 Mio. Euro Sparkasse Oberhessen (bis ende 2017 0,00 % Zinsen)

Kassenkredit 8 Mio. Euro SPK Oberhessen (bis zum 12.06.2019 0,00 % Zinsen)

Anfragen der Fraktionen

5 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Bau eines Radweges entlang der Kreisstraße 230 von Rohrbach zur B 521 Vorlage: IV/031/2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

Sie werden gebeten, nachfolgende große Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

1. Wurden schon Planungen für den Radweg Rohrbach zur Kreisstraße unternommen?
2. Wenn nein, wann beginnen die Planungen?
3. Wenn ja, wann wird mit der Umsetzung begonnen?
4. Sind Mittel aus dem KIP-Programm beantragt und stehen Gelder daraus zur Verfügung?
5. Welche Priorität hat der Radweg?

Eine Aussprache wird vorsorglich beantragt.

Mit freundlichen Grüßen
Benjamin Carlos Harris
Fraktionsvorsitzender

Wegen Urlaubs des Sachbearbeiters kann keine Antwort gegeben werden, diese wird schriftlich nachgereicht.

Beschluss:

Zurückgestellt, es erfolgt eine schriftliche Antwort.

6 Große Anfrage der Fraktion Pro Vernunft betr.: Übernahme Kindergarten Waldwichtel

Vorlage: IV/032/2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Am 19. Mai hat die Stadtverordnetenversammlung, zunächst für ein Jahr, die Übernahme des Waldkindergartens „Die Waldwichtel“ in Büdingen Eckartshausen beschlossen. Seitens unserer Fraktion hatten wir, um eine sorgfältige Abwägung treffen zu können, die Beratung in einem Ausschuss erwartet. Da die Stadtverordneten aber nun schon grundsätzlich die Übernahme des vereinsgeführten Waldkindergartens beschlossen haben, kann eine grundlegende Debatte nicht mehr geführt werden.

Um über einige Dinge Klarheit zu erlangen, erwarten wir deshalb Auskunft zu folgenden Fragen:

1. In der Begründung des Antrags „Übernahme des Waldkindergartens `Die Waldwichtel`“ wurde erklärt, der Magistrat hätte sich schon länger Gedanken gemacht und viele Varianten diskutiert. Welche Varianten standen zur Diskussion und aus welchen Erwägungen wurde die jetzt vorgeschlagene ausgewählt?
2. Es ist loblich, dass sich der Magistrat Gedanken macht und diskutiert - aber wann wurde der Elternbeirat/Stadtelternbeirat gemäß § 8 unserer „Satzung über die Bildung und Aufgaben der Elternversammlung und Elternbeirat/Stadtelternbeirat in den Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Büdingen“ angehört und den Stadtverordneten die Stellungnahme dieses Gremiums zur Entscheidungsfindung mitgeteilt?
3. In der Begründung des Antrags vom 19.5. ist erklärt, das bisherige Personal des Waldkindergartens würde in das städtische System integriert. Seit wann war bekannt, dass das bisherige Personal des Waldkindergartens gekündigt hat und somit nicht integriert werden kann?
4. Angeblich hilft seit einiger Zeit eine Betreuungskraft der Stadt bei den Waldwichteln aus. Wenn ja, seit wann, auf welcher rechtlichen Grundlage und zu welchen Konditionen?
5. Ist es richtig, dass von den Kindern des Waldkindergartens „Die Waldwichtel“ zum 19.5. kein Kind aus der Großgemeinde Büdingen kam, also zum Zeitpunkt der Beschlussfassung keine Verpflichtung der Stadt bestand, für die Unterbringung dieser Kinder zu sorgen?
6. Ist es richtig, dass der Waldkindergarten für die Dauer des beschlossenen, vorerst einjährigen Weiterbetriebs, nun am ursprünglichen Standort verbleibt und welche Erkenntnisse können die Stadtverordneten dadurch erlangen, um nach Ablauf des Jahres über den Weiterbetrieb zu entschei-

den?

7. Ist es richtig, dass der Waldkindergarten, sollte er an anderer Stelle weitergeführt werden, eine neue Betriebsgenehmigung durch den Wetteraukreis benötigt?
8. Ist es richtig, dass der Waldkindergarten „Die Waldwichtel“ weder in unserer Benutzungssatzung noch in der Kostenbeitragssatzung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Büdingen aufgeführt und daher eine Nutzung und Beitragserhebung fraglich ist?
9. Der Magistrat hat sicherlich bei seinen Gedanken, die er sich schon länger gemacht hat, auch die Satzung des bisherigen Trägervereins zur Kenntnis genommen. Wurde hier rechtssicher geklärt, dass das noch vorhandene Vereinsvermögen in das Vermögen der Stadt Büdingen überführt werden darf (vergl. § 2 Zweck und § 9 Auflösung)?
10. Wie hoch wird das Vereinsvermögen zum geplanten Übernahmetermin am 1.8.2017 voraussichtlich noch sein?
11. Der Verein „Eltern für Kinder“ mit Sitz in Büdingen-Eckartshausen ist bisher Betreiber des Waldkindergartens. Frau Schlösser und Frau Klein haben als Vorsitzende des Vereins Erklärungen abgegeben. Vorausgesetzt, dass die beiden Damen nicht die letzten verbliebenen Vereinsmitglieder sind, stellt sich die Frage, ob dem Magistrat ein Protokoll der Mitgliederversammlung vorliegt, in welcher die Übergabe des Waldkindergartens und somit die Auflösung des Vereins durch Wegfall des Vereinszwecks beschlossen wurde?

Eine Aussprache wird vorsorglich beantragt.

Reiner Hornung

Pro Vernunft

Erste Stadträtin
Henrike Strauch

22.06.2017

Anfrage der Fraktion Vorlage Nr. IV/032/2017

Große Anfrage der Fraktion Pro Vernunft betr. Übernahme Kindergarten Waldwichtel

Zu 1.

Folgende Varianten wurden diskutiert:

- I. Waldkindergarten bleibt am Standort und nutzt evtl. für Mittags einen anderen Raum in Eckartshausen
Zu klärendes:
 - Personal bleibt Waldkindergarten
 - Gebühren müssten erweitert werden und Personal aufgestockt
 - Raumfrage evtl. Alte Schule? ehem. Raum Schützen DGH? Hütte des Geflügelzuchtvereins
 - Transport müsste organisiert werden
- II. Waldkindergarten bleibt am Standort und die Kinder gehen halbtags dort hin und halbtags in die Einrichtung

zu klärendes:

- Problem derzeit Räumlichkeiten/Garderobe in der städt. Einrichtung
- Nachmittagsgebührenmodell müsste entwickelt werden
- Städtisches Personal aufgestockt
- Betriebserlaubnis städtischer Seite muss geändert werden.
- Transport müsste organisiert werden

III. Waldkindergarten zieht um auf städtische Wiese und nutzt evtl. für mittags einen anderen Raum in Eckartshausen

Zu klärendes:

- Personal bleibt Teil des Waldkindergartens
- Gebühren müssten erweitert werden und Personal aufgestockt
- Raumfrage evtl. Alte Schule ehem. Raum Schützen DGH, Hütte des Geflügelzuchtvereins

IV. Waldkindergarten zieht um und die Kinder gehen halbtags dort hin und halbtags in die Einrichtung

Zu klärendes:

- Problem derzeit Räumlichkeiten/Garderobe in der städt. Einrichtung
- Nachmittagsgebührenmodell müsste von Seiten der Stadt entwickelt werden
- Städtisches Personal aufgestockt
- Betriebserlaubnis städtischer Seite muss geändert werden
- mit städt. Einrichtung Nutzung der Waldfenster klären

V. Der Bauwagen zieht auf ein städt. Grundstück um und der Waldkindergarten wird eine Gruppe der regulären Kindertagesstätte

Zu klärendes:

- Vorgespräch mit Frau Ochs wegen Änderung der Betriebserlaubnis
- Gespräch mit Frau Fürst, ob sie sich das vorstellen könnte
- Änderung der Betriebserlaubnis
- morgens könnten die Kinder außen verbringen und mittags im Regelkindergarten
- Der bestehende Verein würde als Förderverein für die Waldgruppe fungieren, um Erzieherinnen der Stadt zu ermöglichen sich in dem Bereich Waldpädagogik fortzubilden

Seitens des Magistrates wurde sich für die Variante V entschieden, da soweit eine Einheit gebildet wird, d. h. es ist städtisches Personal somit sind Kinder, die das städtische Betreuungssystem nutzen.

Dies wurde für die Beteiligten am sinnvollsten angesehen und daher so zur Beschlussfassung vorgelegt. Aufgrund der Bedenken der Eltern und Leitung wurde auch nochmals im April besprochen, ob evtl. eine Einbindung im Kita Diebach am Haag erfolgen kann, da jedoch der Wald fußläufig schwer für Kinder erreichbar ist und dies wäre in Eckartshausen möglich.

zu 2.

Die erste Information erfolgt 28.03.2017, es gab dann noch ein Gespräch mit dem Vorstand am 28.04.2017, 09.05.2017

Dem Magistrat lagen Ende April die Bedenken des Elternbeirates, des Fördervereins Kita sowie der Leitung vor.

Die Stellungnahme der Stadtelterbeiräte wurde am 12.05.2017 vor der Stadtverordnetenversammlung noch verteilt.

zu 3.

Am 01.06.2017 teilt der Verein mit, dass auch die letzte Erzieherin evtl. einen anderen Vertrag unterzeichnen wird, worauf am 06.06.2017 nochmal ein Gespräch mit ihr geführt wurde. Sie hat jedoch das Angebot abgelehnt.

zu 4.

Eine 450,00 € Kraft des Familienzentrums hilft derzeit aus.

zu 5.

Die derzeit betreuten Kinder sind alle aus einer Nachbarkommune. Dies wurde aber bereits am 19.05.2017 in der Stadtverordnetenversammlung bekannt gegeben.

zu 6.

Es wurde im JKS Ausschuss besprochen, dass der Waldkindergarten zunächst am Standort verbleibt, um den Bedenken der Eltern sowie des Teams gerecht zu werden, dass zunächst die räumlichen Gegebenheiten mit der Aufstockung verbessert werden sollen und ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden kann. Die Stadtverordnetenversammlung wird im Frühjahr einen Zwischenbericht über den Sachstand sowie die Entwicklung der Kinderzahlen und des Konzeptes erhalten.

zu 7.

Wenn die geplante Einbindung in die Kita Klitzeklein und Gernegroß erfolgen soll, muss eine neue Betriebserlaubnis beantragt werden. Da aber zum 01.08.2018 die Betriebserlaubnis der Einrichtung verändert werden muss, da zwei U3 Gruppen betreut werden sollen, kann die Einbindung der Waldgruppe in die Betriebserlaubnis erfolgen.

zu 8.

Der Waldkindergarten wird zunächst die dreizehnte städtische Einrichtung und kann ergänzend in der Kostenbeitragsatzung aufgenommen werden.

zu 9.

Da die Vereine eine Änderung der Satzung in der Mitgliederversammlung vorsieht, kann eine Übernahme erfolgen.

zu 10.

Das Vereinsvermögen betrug zum 31.12.2016 → 40.000,00 €.

zu 11.

Der Verein soll nicht aufgelöst werden, sondern nur die Satzung hinsichtlich

des Vereinszweckes geändert. Die Mitglieder des Vereins wurden über die Planungen des Vereins bereits informiert.

Aufgestellt
(Strauch)

**7 Große Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Hochwasserschutz
Vorlage: IV/033/2017**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgende große Anfrage der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2017:

Am 02.11.2016 fand eine gemeinsame Sitzung der Eigenbetriebskommission und des Bauausschusses statt.

In dieser Sitzung wurde vom Ingenieurbüro Lotz und dem Verbandsingenieur des Wasserverbandes Herrn Tunkowski verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Stadt Büdingen vor Hochwasser, die durch außergewöhnliche Starkregenereignisse entstehen können, vorgestellt.

Es befindet sich kein Protokoll von dieser Sitzung im Ratsinfosystem.

Wir bitten den Magistrat um einen Sachstandbericht insbesondere zu folgenden Maßnahmen:

Hochwasserrückhalte Becken (HRB) am Hammer:

- Stand der Planung und des Genehmigungsverfahrens?
- Wann ist hier mit der Umsetzung der Maßnahme zu rechnen?
- Wird durch die angedachten weiteren Hochwasserrückhaltebecken im Bereich Nieder-Seemen und Kefenrod der Bau des HRB am Hammer beeinträchtigt bzw. verzögert?

Hochwasserrückhaltebecken Kälberbach und Pferdsbach:

- Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen dem Wasserverband und der Stadt Büdingen zu den angedachten Hochwasserrückhaltebecken?
- Wurden die vom Ingenieurbüro Lotz am 02.11.2016 vorgestellten Maßnahmen inzwischen weiter konkretisiert?
- Wenn Ja, gibt es hierzu einen Zeitplan zur Umsetzung?

Wir beantragen vorsorglich Aussprache!

Mit freundlichen Grüßen
Heidi Schlösser, Manfred Scheid-Varisco

Wegen Urlaubs des Sachbearbeiters kann die Anfrage noch nicht beantwortet werden, es erfolgt schriftliche Antwort.

Beschluss:

Zurückgestellt, es erfolgt eine schriftliche Antwort.

**8 Große Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Hotspots
Vorlage: IV/034/2017**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgende große Anfrage der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2017:

Am 12.09.2014 stellten wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Büdinger Touristik und Marketing GmbH, die Möglichkeit der Einrichtung von WLAN-Hotspots zur kostenfreien Nutzung in Büdingen zu prüfen. Geeignete Standorte, wie „Flaniermeile“ (Bahnhofstrasse), Marktplatz, Oberhof, Freibad und weitere sind auf Machbarkeit hin zu überprüfen. Möglichkeiten der Einbindung von (Werbe) Partnern, die die Einrichtung der WLAN-Hotspots finanzieren, so dass der Stadt keine oder nur geringe Kosten entstehen, sind zu erarbeiten. Ein entscheidungsreifes Konzept ist dem WET-Ausschuss in seiner Sitzung am 15. Oktober vorzulegen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig bei 29 Ja-Stimmen. Dass die Nutzung von Smartphones und Tablets im Alltag eine immer größere Rolle spielt, ist gefühlt unbestritten. Für viele Nutzer wünschenswert wäre folglich die Verfügbarkeit von WLAN-Hotspots, die man kostenfrei an öffentlichen Orten nutzen kann; sei es zum Checken von E-Mails, zum Nachschlagen von Öffnungszeiten von Behörden oder Ärzten oder allgemein zur Nutzung von Online-Angeboten.

Büdingen darf den Anschluss nicht verpassen. Deshalb folgende Fragen auch als Weckruf:

Wie ist der Sachstand bezüglich unseres Antrags zur Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2014 zur Errichtung von Wlan-Hotspots?

Wann stellt die Stadt endlich für ihre Bürger, für Besucher aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland eine kostenlose WLAN-Verbindung zur Verfügung?

Wie ist das Ergebnis der in der letzten SVV angekündigten Telefonkonferenz der 21. KW?

Wir beantragen vorsorglich Aussprache!

Mit freundlichen Grüßen

Heidi Schlösser Manfred Scheid-Varisco

Antwort:

Der Punkt wurde zunächst zurückgestellt bis Bürgermeister Spamer eingetroffen war. Er wurde sodann gegen 21:35 Uhr aufgerufen.

Bürgermeister Spamer erklärt, nachdem das Internet im Wetteraukreis ohne Kostenbeteiligung der Kommunen ausgebaut werden soll habe man mit der Telekom nachverhandelt. Es habe Ausleuchtungen in allen Stadtteilen gege-

ben, danach erfolgten weitere Verhandlungen. Die Telekom stehe zu ihrer ursprünglichen Zusage entsprechende Möglichkeiten einzurichten. Auf Nachfrage erklärt er, berücksichtigt werden sollten die Altstadt, die Vorstadt, die Bahnhofstraße, das Schwimmbad und die hessische Erstaufnahmeeinrichtung. Eine Liste der entsprechenden Gebäude werde nach dem Urlaub des Sachbearbeiters übermittelt.

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 9 Antrag der NPD-Fraktion, betr.: Prüfung der Voraussetzungen zur Übertragung der Sitzung der SVV als Livestream**
Vorlage: III/097/2017

Beschluss:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 10 Antrag der CDU-Fraktion, betr.: Einstellung eines Sachbearbeiters für Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege**
Vorlage: III/098/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Sachbearbeiter für Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege einzustellen.

Beschluss:

Der Antrag wurde an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

- 11 Antrag der FDP-Fraktion auf Planung und Erstellung eines neuen Parkplatzes am Friedhof in der Kernstadt auf der Fläche Gemarkung Büdingen, Flur 16 Nr. 419/6**
Vorlage: III/099/2017

Beschluss:

Der Antrag wurde zurückgestellt, damit die aufgeworfene Frage, ob sich der Stv. Patzak in dieser Angelegenheit in einem Interessenwiderstreit befindet, beim HSGB geklärt werden kann.

- 12 Antrag der FWG-Fraktion, betr.: Kostenübernahme der Schülerbeförderung Lorbach**
Vorlage: III/101/2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass für das Schuljahr 2017/2018 Schüler aus Lorbach, die keine Fahrtkostenerstattung für den Schulweg vom Wetteraukreis erhalten, befristet auf ein Jahr, beginnend mit dem neuen Schuljahr, auf Antrag die Fahrtkosten von der Stadt Büdingen erstattet werden.

Im Haushalt sind hierfür Mittel in Höhe von 25.000 € einzustellen. Die Höhe der Fahrtkosten wird maximal für die Höhe des landesweiten Schülertickets (365 €) erstattet und nicht wie bisher 405 € (CleverCard).

Des Weiteren wird der Magistrat beauftragt sich mit dem Wetteraukreis in Verbindung zu setzen um schnellstens die von ihm in Aussicht gestellte Neubewertung des Schulweges nach Lorbach durchführen zu lassen. Im Falle einer erneuten negativen Bewertung sind der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat Vorschläge zu unterbreiten, wie zukünftig verfahren wird.

Beschluss:

Der Antrag wurde an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

- 13 Prüfantrag der SPD-Fraktion, betr.: Eintrittspreise für Menschen mit Handicap**
Vorlage: III/102/2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Der Magistrat legt dem JKS-Ausschuss bis spätestens Oktober ein Konzept vor, dass Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung bei den Eintrittspreisen der Büdinger Museen und Stadtführungen etc. vorsieht. Mit den privaten Einrichtungen ist entsprechend zu verhandeln.

Beschluss:

Der Antrag wurde an den Ausschuss JKS verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 28 Ja-Stimmen.

- 14 Antrag der Grünen-Fraktion, betr.: Ausbau des Ratsinformationssystems**
Vorlage: III/103/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die digital vorhandenen Gremiendokumente aus der Zeit vor 2006 im Ratsinformationssystem bereitstellen zu lassen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 29 Ja-Stimmen.

- 15 Antrag der Grünen-Fraktion, betr.: Storchennest auf dem Historischen Rathaus**
Vorlage: III/104/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, für ein Storchennest auf dem Historischen Rathaus die Unterkonstruktion herstellen und anbringen zu lassen.

Beschluss:

Verwiesen an den Bau- und Planungsausschuss und die Betriebskommission des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 28 Ja-Stimmen.

Ausschussberichte

- 16 Bericht des Ausschusses für Jugend, Kultur und Soziales; betr.: Antrag der FWG-Fraktion, betr.: Einrichtung einer "Familienwiese"**
Vorlage: III/484/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachstehenden Zwischenbericht zur Kenntnis.

Zwischenbericht Familienwiese:

Seitens des Ausschusses Jugend Kultur und Soziales war die Verwaltung beauftragt zum einen mit den Ortsbeiräten bzw. mit den bestehenden Obst- und Gartenbauvereinen Kontakt aufzunehmen, ob diese alte Streuobstbestände haben, die eventuell aufgeforstet werden müssten.

Dieses Anschreiben wurde bereits im November 2016 verteilt, leider gab es zu dem Zeitpunkt keine Reaktion. Auf ein erneutes Anschreiben im Frühjahr 2017 reagierten zum Teil die Ortsbeiräte bzw. mehrere Obst- und Gartenbauvereine; in Wolferborn sowie in Vonhausen wurden Grundstücke angeboten, wo eine

Aufforstung von bestehenden Streuobstbeständen notwendig wäre. In den beiden Stadtteilen wurde sich auch bereit erklärt, zunächst für eine bestimmte Zeit die Pflege zu übernehmen.

Nach Pflanzung der Bäume müssten die Bäume zunächst jährlich gepflegt werden. Erst nach 10 Jahren bräuchten die Obstbäume nur alle zwei bis drei Jahre einen Schnitt.

Da die Bäume mit einem Sicherheitsschutz gepflanzt werden müssten, geht man davon aus, dass ca. 100 € pro Brautpaar zu zahlen wären.

Nach Rücksprache mit dem Bauhof ist der Pflegeaufwand für eine Streuobstwiese normaler Größe ca. 2 Stunden. Problem bei der Kalkulation ist jedoch, dass jedes Grundstück individuell zu betrachten ist, so dass diese Angabe einen Durchschnittswert darstellt und nicht viel über den tatsächlichen Aufwand aussagt.

In beiden Fällen muss zunächst mit dem Stadtbauamt bzw. Bauhof geklärt werden welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die Grundstücke aufgeforstet werden können.

Sieglinde Huxhorn-Engler

Vorsitzende des Ausschusses Für Jugend, Kultur und Soziales

Beschluss:

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

- 17 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr.: Interkommunales Gewerbegebiet ZWIGL, Grundstücksverkauf**
Vorlage: I/229/2017/1/1/1

Beschluss:

Verwiesen in den Bau- und Planungsausschuss mit der Maßgabe, dort Bürgermeister Göllner als Verbandsvorsteher anzuhören.

Abstimmungsergebnis:

Die Rückverweisung erfolgte einstimmig mit 28 Ja-Stimmen.

- 18 Bericht des Bau- und Planungsausschusses; betr.: Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 (LEP)**
Durchführung der Beteiligung
Vorlage: V/041/2017/1

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zum Entwurf der Dritten Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die 4 Punkte wurden einzeln abgestimmt.

Nr. 1 wurde einstimmig mit 30 Ja-Stimmen beschlossen.

Zu Nr. 2 wurde der Änderungsantrag des Stv. Patzak mehrheitlich mit 22 Gegenstimmen bei 8 Ja-Stimmen abgelehnt. Der ursprüngliche Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich mit 19 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Nr. 3 wurde mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Nr. 4 wurde einstimmig mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

- 19 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer "Bücher-Tausch-Börse"**
Vorlage: III/480/2016/2

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachstehenden Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Zwischenbericht Bücher-Tausch-Börse:

In Bezug auf die Büchereiwiese ist seitens der Bücherei geplant, dort die eine oder andere Veranstaltung durchzuführen unter anderem auch die Möglichkeit von Bücher-Tausch-Börsen auf der Wiese.

In Bezug auf Bücherschränke wurde dies für die Kernstadt nicht weiter geprüft, da dort die Bücherei ist und durch den Freundeskreis immer wieder Bücherflohmärkte angeboten werden. Im Heuson Museum soll ebenfalls ein Büchertauschregal aufgestellt werden. In den Stadtteilen wurde eine Abfrage bei den Ortsbeiräten durchgeführt.

Von den 15 angeschriebenen Ortsteilen, haben zehn geantwortet, wobei zwei Stadtteile aufgrund von baulichen Maßnahmen in den Dorfgemeinschaftshäusern zunächst davon Abstand nehmen möchten. Sie können sich aber vorstellen, zu einem späteren Zeitpunkt Bücherregale aufzustellen und zu pflegen. Ein Stadtteil hat sich bereit erklärt ein Regal im Dorfgemeinschaftshaus aufzustellen, wobei die Kosten der Regale seitens der Stadt getragen werden sollen. Ein anderer Stadtteil präferiert eine Telefonzelle oder einen Bücherschrank, anstatt eines Regals im Dorfgemeinschaftshaus.

Im Ausschuss am 27.4.2017 wurde besprochen, dass zunächst in einem Stadtteil ein Bücherregal in einem Dorfgemeinschaftshaus aufgestellt wird, in einem anderen Stadtteil soll das Büchertauschregal in einer öffentlichen Tankstelle ausgebaut werden und in einem Stadtteil soll geprüft werden, ob im öffentlichen Raum evtl. ein Regal in Form eines ausgedienten Stromkastens angebracht werden kann.

Sieglinde Huxhorn-Engler
Vorsitzende des Ausschusses JKS

Beschluss:

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters**20 Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: I/269/2017/1****Beschlussvorschlag:**

I. Der Jahresabschluss 2012 wird festgestellt.

II. Verwendung des Jahresergebnisses

Es wird vorgeschlagen den Jahresfehlbetrag aus dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 139.965,78 € mit der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zu verrechnen.

Der Jahresfehlbetrag aus dem ordentlichen Ergebnis des Jahres 2012 in Höhe von 2.668.032,06€ wird in voller Höhe auf die neue Rechnung vorge-tragen.

III. Gem. § 114 Abs. 1 HGO wird dem Magistrat die Entlastung erteilt.

Beschluss:

Verwiesen an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 28 Ja-Stimmen.

**21 Jahresbericht der Kindertagesstätten
Vorlage: I/293/2017****Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den beiliegenden Jahresbericht der Kindertagesstätten zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss:

Verwiesen an den Ausschuss JKS.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 29 Ja-Stimmen.

22 Stadtbau: Kostenbegründete Umplanung 2. Bauabschnitt
Vorlage: I/329/2017/2

Beschlussvorschlag:

Auf den Einbau einer neuen Drainage im Bereich des Hartplatzes sowie die Grundsanie rung Hartplatzes wird verzichtet. Die weitere Planung bezüglich des Spielbereiches sowie des Grünsteifens wird weitergeführt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig mit 22 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen gefasst.

Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

23.1 Verkauf des Grundstückes Gemarkung Büdingen, Flur 12 Nr. 144/41, Stabsgebäude
Vorlage: I/230/2017/1/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadt verkauft an Herrn ..., das bebaute Grundstück Gemarkung Büdingen, Flur 12 Nr. 144/41, 2.218 m², Stabsgebäude, zum Kaufpreis von 350.000,00 €.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag der Stvn. Rahn-Pfarr wurde mehrheitlich 22 Gegenstimmen bei 8 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Verkauf wurde einstimmig mit 26 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen.

23.2 Antrag auf Kauf des Weges Gemarkung Eckartshausen, Flur 1 Nr. 564/3, Göttenbergstraße
Vorlage: I/245/2017/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen verkauft an Herrn ..., den Weg Gemarkung Eckartshausen, Flur 1 Nr. 564/3, Göttenbergstraße 85 m².
Der Kaufpreis beträgt 13,00 €/m² = 1.105,00 €.

In den Kaufvertrag ist die dingliche Sicherung der Zuwegung zu dem Grundstück Nr. 256/6, Göttenbergstraße 26, festzuschreiben.

Die Kosten des Rechtsgeschäfts gehen zu Lasten des Käufers.

Die Entscheidung des Ortsbeirates wird in der Sitzung SVV 23.06.2017 bekanntgemacht.

Beschluss:

Zurückverwiesen an den Bau- und Planungsausschuss, der eine neue Stellungnahme des Ortsbeirates erhalten und die beiden betroffenen Grundstückseigentümer anhören soll.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 28 Ja-Stimmen.

**23.3 Ankauf des Grundstückes Gemarkung Büdingen, Flur 20 Nr. 47/1
Vorlage: I/324/2017/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen erwirbt von der Erbgemeinschaft ..., das Grundstück Gemarkung Büdingen, Flur 20 Nr. 47/1, Wald, In der obersten Kälberbach, 10.315 qm, zum Kaufpreis von 0,75 Euro/qm = 7.736,25 Euro.

Die Kosten des Rechtsgeschäftes gehen zu Lasten der Stadt Büdingen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

24 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

**24.1 Aufhebung Wiederbesetzungssperre Bauamt
Vorlage: I/331/2017**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wiederbesetzungssperre im Bauamt (Stelle Herr ... E 13 TVöD, 39,00 WStd.) aufzuheben.

Zusätzlich wird die Stelle mindestens 3 Monate doppelt besetzt sein (d. h. ab 01.01.2018).

Die Zustimmung des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten sind gegeben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 29 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

25 Bekanntgaben an die SVV

Es gab keine Bekanntgaben.

**26 Vorlage des Büros für Organarbeit, betr.: Mobiler Mandatsträger, hier: Umstellung Session auf KRZ Lemgo
Vorlage: I/155/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltsmittel für die Beschaffung von Endgeräten für das Ratsinformationssystem Session (Mandatos) werden frei gegeben, der entsprechende Sperrvermerk wird aufgehoben.

Der Magistrat wird beauftragt, kurzfristig die entsprechenden Endgeräte für die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder zu beschaffen. Beschafft werden sollen Geräte des Herstellers Apple (I-Pad).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme gefasst.

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr.

Büdingen, den 3. Juli 2017

Schriftführer

(Reiner Marhenke)
Stadtverordnetenvorsteher